

Worüber man nicht spricht: Strukturelle Gewalt

Rainer Strobl

Vortragsmanuskript

Vortrag im Rahmen des evangelischen Arbeitskreises für Sozialfragen

Strukturelle Gewalt bei Galtung

Worüber man nicht spricht – strukturelle Gewalt ist tatsächlich ein Thema, über das man nicht mehr viel spricht – auch in den Sozialwissenschaften nicht. Das war in den 70er Jahren noch anders, als Johan Galtung ein damals viel beachtetes Buch mit dem Titel „Strukturelle Gewalt“ veröffentlichte. Die berühmt gewordene Definition in diesem Buch lautet:

„Gewalt liegt dann vor, wenn Menschen so beeinflusst werden, daß ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potentielle Verwirklichung“ (Galtung 1975, S. 9).

Interessant ist an dieser Definition, dass die Folgen für die Opfer im Mittelpunkt stehen. Denn es ist für die Opfer ja zunächst einmal zweitrangig, aus welchen Motiven und aus welchen Zusammenhängen ihnen Leid zugefügt wird. Es geht bei der so verstandenen Gewalt also nicht um böse Absichten, sondern darum, dass der Abstand zwischen dem Aktuellen und dem was möglich wäre aufrechterhalten oder vergrößert wird. Wenn es möglich ist, das Ausmaß an Armut und Krankheit zu verringern und dies geschieht nicht, dann liegt nach der Definition Gewalt vor. Ist es nicht möglich, das Aktuelle zu ändern – wie es z.B. im 18. Jh. nicht möglich war, Tuberkulose zu heilen, dann liegt auch keine Gewalt vor.

Schon Galtung merkte damals aber an, daß diese Definition eventuell mehr Probleme aufwirft als löst. Und diejenigen, die sich in Soziologie und Sozialwissenschaften mit dem Thema Gewalt beschäftigen, sind mit der Definition und dem ganzen Konzept der strukturellen Gewalt nicht so recht glücklich geworden. So gibt es in dem von Wilhelm Heitmeyer und John Hagan herausgegebenen internationalen Handbuch der Gewaltforschung z.B. keinen einzigen Artikel zu struktureller Gewalt.

Probleme eines sehr weiten Gewaltbegriffs

Der Grund, weshalb wir uns als Wissenschaftler mit dem Konzept der strukturellen Gewalt schwer tun, hat vor allem damit zu tun, dass Gewalt an sich schon ein vielschichtiger und unscharfer Begriff ist. Ich erinnere nur an einige der ganz unterschiedlichen Begriffe, in denen das Wort „Gewalt“ vorkommt: etwa Gewalttat, Gewaltenteilung, Gewaltmonopol, Regierungsgewalt, Gewaltherrschaft oder auch Adjektive wie gewaltig, wortgewaltig, gewalttätig usw. Anders als andere europäische Sprachen macht die deutsche Sprache keine Unterscheidung zwischen legitimer institutioneller

Gewalt auf der einen Seite (lat. potestas, engl. power) und illegitimer, direkter persönlicher Gewalt (lat. violentia, engl. violence). Der Begriff der strukturellen Gewalt fördert diese Unschärfe noch, weil er Phänomene, die wir in den Sozialwissenschaften mit ganz unterschiedlichen Begriffen wie „Macht“, „Herrschaft“ oder „soziale Ungleichheit“ bezeichnen, unter einer negativ wertenden Bezeichnung zusammenfaßt. Jedenfalls sind die meisten Bürger doch froh, dass der Staat Gewalt ausübende Strukturen besitzt, die Menschen so beeinflussen, dass sie ihre Potentiale zu Mord und Totschlag möglichst nicht entfalten. Galtung (1975, S. 10) ist hier übrigens relativ unpräzise und schlägt das Konsensprinzip für die Entscheidung über die zu realisierenden Werte vor. Aber das nur am Rande.

Der Gewaltbegriff dient jedenfalls nicht nur zur neutralen Beschreibung eines Sachverhaltes, sondern er hat auch eine starke moralisch-ethische Komponente. Er taugt als Skandalisierungs- und Dramatisierungsinstrument und Helga Cremer Schäfer (1992, S. 24) meint, dass jeder, der sich über soziale Zumutungen und Ungerechtigkeiten, über Herrschaftsverhältnisse empört und davon befreit werden möchte, gut daran tut, das als einen Fall von Gewalt darzustellen. [Skandalisierungsfallen].

In der Wissenschaft gibt es aus diesem Grund Stimmen, die auf den Gewaltbegriff am liebsten ganz verzichten möchten. In der Gewaltforschung selbst ist ein enger Gewaltbegriff weit verbreitet, der vor allem physische Gewalt in den Blick nimmt. Typisch ist hier die Gewaltdefinition von Böttger:

Gewalt ist „der intentionale [vorsätzliche] Einsatz physischer oder mechanischer Kraft durch Menschen, der sich unmittelbar oder mittelbar [=gegen Sachen] gegen andere Personen richtet, sowie die ernsthafte Androhung eines solchen Krafteinsatzes, soweit sie im Rahmen einer sozialen Interaktion erfolgt (Böttger 1998).

Man kann nun durchaus den Standpunkt vertreten, dass nicht alle Übel dieser Welt unter einem Begriff zusammengefasst werden sollten. Statt von „psychischer Gewalt“ kann man von Beleidigung, Ehrverletzung, Mobbing, Einschüchterung, Erniedrigung oder Verachtung sprechen und statt von struktureller Gewalt kann man auch die Begriffe Machtmißbrauch, Ungerechtigkeit, und soziale Ungleichheit verwenden. Galtung (1975, S. 13) selbst hat den Begriff der sozialen Ungerechtigkeit als ein Synonym für „strukturelle Gewalt“ vorgeschlagen.

Aber man merkt bei den Alternativbegriffen, dass sie nicht die Verwerflichkeit signalisieren, die dem Gewaltbegriff innewohnt. Auch wenn der Begriff der strukturellen Gewalt analytisch unscharf ist und sich für die wissenschaftliche Analyse vielleicht nicht besonders eignet, für die politische Argumentation kann sein Skandalisierungsvermögen unter Umständen ein Vorteil sein.

Denn es scheint so, dass wir zunehmend bereit sind, soziale Ungleichheit, Armut, Ungerechtigkeit, Hunger als nicht mehr beeinflussbare Phänomene einer entgrenzten globalen Wirtschaft hinzunehmen. Diese Phänomene erscheinen uns mehr und mehr wie Naturereignisse, an denen niemand Schuld trägt und bei denen es deshalb auch keinen Sinn macht, von moralischer Verantwortung zu sprechen. Tatsächlich ist die soziale Ordnung aber prinzipiell änder- und beeinflussbar. Der Begriff der strukturellen Gewalt zielt hier einerseits auf die zerstörerischen Aspekte anonymer Machtstrukturen. Individuelle Handelnde sind oft nicht auszumachen oder sie handeln im Rahmen allgemein akzeptierter und vorgegebener moralischer, gesetzlicher, kultureller, ja auch religiöser Vorgaben. So werden Asylbewerber in Herkunftsländer zurückgeschickt, in denen ihnen Verfolgung und Tod drohen, Frauen werden in vielen Ländern Bildungs- und Berufschancen versagt und Mädchen werden nach kulturellen Vorgaben sexuell verstümmelt. Trotzdem schwingt im Gewaltbegriff die Vorstellung von Schuld und Verantwortung mit. Es wird mitgedacht, dass es anders sein könnte und anders sein müßte. Und das ist vielleicht ein wichtiger Punkt.

Strukturelle Gewalt: Was bedeutet das?

Befassen wir uns noch etwas weiter mit den inhaltlichen Aspekten der „strukturelle Gewalt“. Man kann – das hatte ich ja schon kurz angesprochen – strukturelle Gewalt begreifen als soziale Ungerechtigkeit; als ungerechte und ungleiche Verteilung von Chancen und Ressourcen wie Einkommen, Vermögen und Bildung oder anders ausgedrückt: als ungleiche Lebenschancen. Das wird unter dem Begriff der sozialen Ungleichheit auch durchaus untersucht, kommt aber doch eher harmlos klingend daher.

Werfen wir einen Blick auf Deutschland, dann stellen wir z.B. fest, dass die vermögendsten 10 % der Haushalte 42 % des gesamten Privatvermögens (Geld und Immobilien) besitzen; die unteren 50 % der Haushalte haben dagegen lediglich einen Anteil von etwa 4,5 % (Armutbericht 2001, S. 67). Nach dem klassischen Kriterium relativer Armut (weniger als 50 % des durchschnittlichen Nettoeinkommens) waren 1998 rund

10 % der Bundesbürger von Armut betroffen. Logischerweise gibt es eine enge Beziehung zwischen Einkommens- und Vermögensarmut. Im ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2001, S. XV) heißt es insgesamt:

„Die Bestandsaufnahme und Analyse der Entwicklung in Deutschland bis 1998 macht in fast allen Lebensbereichen deutlich, dass soziale Ausgrenzung zugenommen und Verteilungsgerechtigkeit abgenommen hat“.

Besonders bedenklich ist, dass der Anteil armer Kinder nach einer Studie des Frankfurter Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) in den 90er Jahren erheblich gestiegen ist. So lebte 1995 bereits etwa jedes fünfte Kind unter 16 Jahren in einem (einkommens)armen Haushalt (Kriterium: unter 50 % des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens). Der Anteil der jugendlichen Sozialhilfeempfänger (bis 17jährige) ist in Westdeutschland von 2,1 % im Jahr 1980 auf 6,4 % im Jahr 1993 gestiegen. Besonders hoch ist die Armutsbetroffenheit unter der ausländischen Bevölkerung. Kinder und Jugendliche aus nichtdeutschen Haushalten beziehen etwa dreimal so oft Sozialhilfe wie deutsche Kinder (Quelle: Textauszüge aus dem ISS-Zwischenbericht, www.awo-lsa.de/iss-bericht-1.pdf, 3.11.2003).

Weitere Bereiche sozialer Ungleichheit ließen sich nennen. So sind Frauen in Spitzenpositionen nach wie vor erheblich unterrepräsentiert; das gleiche gilt für Ausländer und ihre Kinder, die zudem etwa doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind wie die deutsche Bevölkerung (vgl. Ausländerlagebericht 2002).

Noch weit dramatischer sieht die ungleiche Verteilung von Ressourcen und Lebenschancen im weltweiten Vergleich aus. Fast die Hälfte der Menschheit (47 %) lebt in großer Armut, d.h. von weniger als 2 Dollar pro Tag. Ein Fünftel der Menschheit lebt sogar in „extremer“ oder „absoluter“ Armut: 1,2 Milliarden von insgesamt 6 Milliarden Menschen müssen mit einem Einkommen von weniger als 1 Dollar pro Tag auskommen. Das heißt: sie kommen eben nicht aus. Sie verhungern, vegetieren dahin, sind krank und sterben früh (Rügemer 2003, S. 13).

Ted Honderich (2003) spricht in diesem Zusammenhang von guten und schlechten Leben. Ein gutes Leben ist zunächst einmal eines, das lange genug währt; bei uns ca. 75-80 Jahre. Etwa 750 Millionen Menschen genießen so ein gutes Leben. Ein schlechtes Leben endet frühzeitig mit dem Tod, weil es an Unterkunft, Essen, Trinken, Gesundheit, Sicherheit und ähnlichem fehlt. 40 Millionen Menschen müssen sich sogar mit einem halben Leben begnügen: Die Bürger der afrikanischen Länder Malawi, Mosam-

bik, Zambia und Sierra Leone haben eine Lebenserwartung von durchschnittlich 40 Jahren. Aber das sind natürlich nur Mittelwerte. Die 10 % in diesen afrikanischen Ländern, die am schlimmsten dran sind, haben sogar nur eine durchschnittliche Lebenserwartung von höchstens 30 Jahren. Das heißt, diese Menschen haben im Durchschnitt 50 Lebensjahre weniger als wir. Wenn so viele Menschen durch das Handeln oder Unterlassen anderer – und wir gehören natürlich alle zur Gruppe der Anderen – so frühzeitig zu Tode kommen, dann darf man schon einen skandalisierenden Begriff wie „Gewalt“ verwenden. Stellen Sie sich nur vor, wenn das Geld, das für den Irakkrieg ausgegeben wurde, diesen Menschen zugeflossen wäre: Wie viele Lebensjahre hätten gewonnen werden können. Selbst wenn die Lebenserwartung in den Ländern nur um 5 Jahre im Durchschnitt gestiegen wäre, hätten 20 Millionen Lebensjahre gewonnen werden können. Gewalt – nach der Definition von Galtung – ist diese Differenz zwischen dem Aktuellen und dem Möglichen.

Ursachen

Wie kommt es nun, dass diese Zustände – so ist jedenfalls mein Eindruck – immer seltener als gesellschaftlicher Skandal empfunden werden?

Mir scheint, ein wesentlicher Faktor ist das, was Aretz (1997) als ökonomischen Imperialismus bezeichnet hat. Er meinte damit, dass der Sinn und die Orientierung unseres Handelns mehr und mehr einseitig von wirtschaftlichen Erwägungen bestimmt wird. Dagegen verlören andere Orientierungen, z.B. die Orientierung an Gemeinschaft und sozialem Konsens oder an kulturellen und religiösen Überzeugungen an Boden.

Und tatsächlich kann man wohl mit einiger Berechtigung von einer zunehmenden Dominanz ökonomistischer Sichtweisen in unserer Gesellschaft sprechen. In vielen Bereichen der Gesellschaft hat sich das Prinzip durchgesetzt: Der Zweck heiligt die Mittel. Wer erfolgreich ist, hat und bekommt Recht, wie unrechtmäßig er auch zu Erfolg und Reichtum gekommen ist.

Das Tückische am ökonomischen Imperialismus ist, dass er im weltanschaulich neutralen Gewand daherkommt. Das Handeln scheint von Sachzwängen und ökonomischen Notwendigkeiten eindeutig bestimmt. Politische Entscheidungen haben sich diesen Sachzwängen einfach unterzuordnen. Begreift man Politik nun nicht nur als Parteipolitik, sondern als eine Auseinandersetzung über die Frage, wie wir in dieser Gesellschaft und weltweit leben wollen, dann möchte ich die These wagen, dass die Vorherrschaft neoliberalistischer Argumentationsmuster zu einer Entpolitisierung des öffentlichen

Lebens führt. Der Umbau der Gesellschaft, Sozialabbau, rigorose Sparprogramme zu Lasten der Schwachen, alles erscheint nur noch als eine Folge von Sachzwängen. Ernsthafte gesellschaftliche Debatten und Auseinandersetzungen über Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen werden immer weniger geführt. Es kann natürlich durchaus sein, daß ein gewisses Maß an Ungleichheit erforderlich ist, um Innovationskräfte freizusetzen. Aber wo ist die breite Debatte darüber, wieviel Ungleichheit wir hinnehmen wollen? Wo gibt es zur Zeit eine Debatte über das Verhältnis von arm und reich und den Zusammenhang zwischen diesen beiden Polen? Z.B. besitzt der globale Milliardärsclub mit seinen etwa 450 Mitgliedern zusammengerechnet ein Vermögen, das über dem Sozialprodukt der ärmsten Staaten liegt in denen knapp 60 % der Menschheit leben. Der private Reichtum der fünfköpfigen Familie Walton (Wal-Mart) ist mit 85 Milliarden Dollar mehr als doppelt so groß wie das Bruttoinlandsprodukt des Staates Bangladesch mit 127 Millionen Einwohnern (Rügemer 2003, S. 22).

Ich komme jetzt zu der besonderen Herausforderung dieses Vortrags: Was können wir tun? Wie können wir etwas verändern?

Als Galtung sein Buch geschrieben hat, ging man noch von der Planbarkeit von Gesellschaften aus. Man nahm an, dass aufgeklärte politische Führer und eine zentrale politische Planung in der Lage sein müßten, strukturelle Gewalt abzubauen. Das Ausbleiben dieser Entwicklung führte man dann in erster Linie auf den bösen Willen einzelner zurück. Böse Absichten gibt es natürlich durchaus. Aber viel häufiger dürfte der Fall sein, dass sich auch die definitionsmächtigen Eliten mit Sachzwängen konfrontiert sehen. Kritische Beobachter machen aber in erster Linie Persönlichkeitseigenschaften für deren Handeln verantwortlich. In der Psychologie spricht man in diesem Zusammenhang von einem fundamentalen Attributionsfehler: das kritisierte Handeln der anderen führt man in der Regel auf deren Persönlichkeit und nicht auf die Situation zurück, während es beim eigenen Handeln genau anders herum ist.

Heute ist man sich in der Soziologie allerdings ziemlich sicher, dass Gesellschaften nicht so einfach von oben planbar sind. Ihre unterschiedlichen Teilsysteme folgen eigenen Logiken und betrachten die Welt aus ihrer je eigenen Perspektive. Diese Perspektiven sind auch nicht ohne weiteres miteinander kompatibel – etwas kann wirtschaftlich sinnvoll sein und sich trotzdem politisch verbieten. Vor allem gibt es aber kein System, das eine gesamtgesellschaftliche Vernunft verbürgen könnte.

Was ich hier ausgeführt habe, bedeutet zunächst, dass wir unsere Hoffnung nicht auf weise Eingriffe von wirtschaftlichen oder politischen Führern setzen sollten. Umgekehrt sollten wir auch vorsichtig damit sein, die Verantwortung für den Zustand unserer Welt zur persönlichen Schuld der Eliten zu erklären. Das Konzept der strukturellen Gewalt zielt hier ja gerade auf Verhältnisse, an denen viele mitwirken, die aber niemandem eindeutig persönlich angelastet werden können. Hierzu paßt ganz gut die Einsicht der buddhistischen Philosophie, nach der Ignoranz die tiefere Ursache allen Leidens ist. Ignoranz ist nicht zu verwechseln mit Dummheit – eher im Gegenteil. Ignoranz bedeutet z.B. Verfolgen eigener Interessen und Bedürfnisse, ohne die Folgen für andere im Blick zu haben. Ignoranz kann auch heißen, wirtschaftlichem oder beruflichem Erfolg alles andere unterzuordnen.

Um aus dem gesellschaftlichen Zustand der Ignoranz herauszukommen – und der ökonomischen Imperialismus unserer Zeit ist ein solcher Zustand der Ignoranz – müssen andere Perspektiven wieder deutlicher hervortreten. Ich setzte meine Hoffnung hier vor allem auf die Nichtregierungsorganisationen und die vielen zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Initiativen, die versuchen, Formen der sozialen Ungerechtigkeit und der strukturellen Gewalt entgegenzutreten und Werten wie Solidarität und Nächstenliebe mehr Gewicht zu geben. Diese Initiativen demonstrieren, dass man unsere Welt auch anders betrachten kann, dass man z.B. nicht notwendigerweise danach gehen muss, dass Waren möglichst billig sind, sondern auch danach gehen kann, ob bei ihrer Herstellung soziale Standards eingehalten wurden und ob sie fair gehandelt wurden. Würde dies eine massenhafte Bewegung, dann wären die Auswirkungen auf die Wirtschaft enorm.

Das bedeutet, dass Veränderungen von unten angestoßen werden können. Sie kommen wahrscheinlich am ehesten dadurch zustande, dass gesellschaftliche Teilsysteme wie die Wirtschaft oder die Politik auf andere Haltungen und andere Handlungsmuster reagieren müssen – und wenn es diese veränderten Orientierungen in größerem Umfang gibt, dann tun sie das oft erstaunlich schnell, was man beispielsweise an der Verbreitung von Bioprodukten sieht.

Nun sind Erfolg und Attraktivität von Initiativen, Gruppen und Organisationen, die versuchen, dem ökonomischen Imperialismus etwas entgegenzusetzen, zur Zeit noch

eher bescheiden. Institutionen wie Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und Verbände klagen oft zu Recht über einen Rückgang des freiwilligen Engagements. Gleichzeitig gibt es aber durchaus eine erhebliche Engagementbereitschaft. 30 % - 40 % der Bürger engagieren sich irgendwie für gemeinschaftliche Belange und weitere 27 % wären prinzipiell dazu bereit wären (Rosenblatt 2001, Gensicke 2000). Allerdings sind es eher lose Zusammenschlüsse in Selbsthilfegruppen und neuen institutionellen Formen wie Freiwilligenagenturen und Tauschringen, die einen starken Aufschwung erfahren haben. Hier sind wir mit einem tief greifenden Wertewandel in der Bevölkerung konfrontiert, bei dem Selbstentfaltungswerte gewinnen und traditionelle Pflichtwerte an Bedeutung verlieren. Gerade negativ besetzte Themen wie Armut, soziale Ungerechtigkeit oder strukturelle Gewalt drohen vor diesem Hintergrund ins Abseits zu geraten.

Wie lassen sich nun Energien zu solchen Themen mobilisieren und solidarische Haltungen stärken? Nach den Ergebnissen aus einem Projekt, das zwei Kolleginnen und ich zum Umgang von Städten mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit durchgeführt haben, lassen sich die Erfolgsaussichten von Projekten und Initiativen, die sich mit gravierenden gesellschaftlichen Problemen beschäftigen, in vielen Fällen durchaus erheblich steigern. Oft kommt es aber entscheidend darauf an, dass möglichst viele engagierte Bürger, möglichst viele einflussreiche Personen und auch Betroffene eingebunden werden. Damit dies gelingt, ist eine Problemsicht erforderlich, die möglichst viele – auch unterschiedliche Akteure – zu einem Engagement motiviert. Wir sprechen in der Soziologie in diesem Zusammenhang auch von der Rahmung eines Problems oder Sachverhalts. Eine Rahmung, die für die Sache wichtige Personen verprellt, wie z.B. „Ausbeutungsverhältnisse durchbrechen“, kann zwar der moralischen Selbstvergewisserung der engagierten Akteure dienen, wird aber zu einer Änderung der kritisierten Verhältnisse nur wenig beitragen. Hilfreich ist in der Regel eine positive Ausrichtung, also nicht gegen, sondern für etwas. Wichtig ist auch die öffentliche Sichtbarkeit und Anerkennung von Engagement. Wichtig ist schließlich, dass diejenigen, die sich für eine Alternative zur herrschenden Orientierung an Macht und Erfolg einsetzen auch an dem gemessen werden, was sie ausstrahlen. Viele Menschen sind auf der Suche nach Alternativen zur vorherrschenden ökonomistischen Weltsicht. Viele suchen nach einem tieferen Sinn in ihrem Leben. Wenn es gelingt, hier überzeugende und konkurrenzfähige Angebote zu machen, dann sehe ich durchaus Chancen, den Mächten, die unser gegenwärtiges Weltbild prägen, etwas entgegenzusetzen.

AFTER THE TERROR by Ted Honderich: Table for Ch. 1, 'Good Lives, Bad Lives'						
Country	Average Life-time - in years	Average Healthy Life-time - in years	Children dying under five per 1000 live births	Rich/poor country: GNP per person in US dollars	Worst-off 10th of population's % of total income or consumption	Best-off 10th of population: % of total income or consumption
USA	77 Years	70.0 Years	7 children	\$29,240	1.8%	30.5%
Canada	79	72.0	6	19,170	2.8	23.8
UK	77	71.7	6	21,410	2.6	27.3
France	78	73.1	5	24,210	2.8	25.1
Germany	77	70.4	5	26,570	3.3	23.7
Italy	78	72.7	6	20,090	3.5	21.8
Spain	78	72.8	6	14,100	2.8	25.2
Denmark	76	69.4	5	33,040	3.6	20.5
Japan	80	74.5	4	32,350	4.8	21.7
Malawi	39	29.4	213	210	?	?
Mozambique	44	34.4	206	210	2.5	31.7
Zambia	40	30.3	202	330	1.6	39.2
Sierra Leone	38	25.9	316	140	0.5	43.6
Afghanistan	46*	37.7*	257*	?	?	?
Turkmenistan	67	54.3	74	370	2.6	31.7
Pakistan	64	55.9	136	470	4.1	27.6
Iraq	63	55.3	125	?	?	?
Iran	69	60.5	33	1,650	?	?
Saudi Arabia	72	64.5	26	6,910	?	?
United Arab Emirates	75	65.4	10	18,870	?	?
Israel	78	70.4	6	16,180	2.8	26.9
Palestine	71	?	?	3,097	?	?
India	63	53.2	105	440	3.5	33.5
Russia	67	61.3	25	2,260	1.7	38.7
Poland	73	66.2	11	3,910	3.0	26.3
China	70	62.3	47	750	2.4	30.4
Cuba	76	68.4	8	?	?	?
Libya	70	59.3	24	?	?	?
Brazil	67	59.1	42	4,630	0.9	47.6
Mexico	72	65.0	35	3,840	1.4	42.8
Argentina	73	66.7	22	8,030	?	?
Australia	78	73.2	5	20,640	2.0	25.4

The figures in columns 2, 4, 5, 6, and 7 come from The World Guide 2001-2002, pp. 24-5 and 602-609, and were derived from the **World Bank's World Development Indicators 2000, The World Bank; The State of the World's Children, UNICEF 2000**. The third column comes from The **World Health Organization's Healthy Life Expectancy Rankings**. To calculate a healthy life figure, years of ill-health are weighted as to severity and subtracted from the overall life expectancy.

Note that the fifth column is about GNP per person and the sixth and seventh about shares of total income or consumption. It would have been better to have had dollar figures for total income or consumption. But the two sets of statistics do certainly allow for the comparisons and absolute judgements made. GNP is the value of the total production of goods and services by an economy within national borders, plus income from abroad and minus income in the economy that goes abroad.

*All the figures in the table derive from 1994-1998 data. In particular, the figures for Afghan average lifetimes, average healthy lifetimes and children dying under 5 derive from 1998 data, i.e. before the attack by the West.

Literatur

- Aretz, Hans- Jürgen (1997): Ökonomischer Imperialismus? Homo Oeconomicus und soziologische Theorie. In: Zeitschrift für Soziologie, 26, S. 79-95.
- Ausländerlagebericht (2002) = Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Herausgegeben von der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer. Bonn.
- Bundesregierung (2001): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung [Armutsbericht]. Bonn.
- Cremer-Schäfer, Helga (1992): Skandalisierungsfallen. Einige Anmerkungen dazu, welche Folgen es hat, wenn wir das Vokabular „der Gewalt“ benutzen, um auf gesellschaftliche Probleme und Konflikte aufmerksam zu machen. In: Kriminologisches Journal 1, S. 23-37.
- Galtung, Johann (1975): Strukturelle Gewalt. Reinbek: Rowohlt.
- Gensicke, Thomas (2000): Freiwilliges Engagement in den neuen und alten Ländern. In: Braun, Joachim; Klages, Helmut (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativbefragung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Band 2: Zugangswege zum freiwilligen Engagement und Engagementpotenzial in den neuen und alten Bundesländern. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Gesundheit. Stuttgart; Berlin; Köln: Kohlhammer, S. 22-113.
- Honderich, Ted (2003): After the Terror, expanded, rev. ed. Edinburgh: Edinburgh Univ. Press.
- Rosenblatt, Bernhard von (Hg.) (2001): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativbefragung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Band 1: Gesamtbericht (Band 194.1 der Schriftenreihe des BMFSFJ). Stuttgart: Kohlhammer.
- Rügemer, Werner (2003): Arm und reich. 2. Auflage. Bielefeld: Transcript.
- Zuma (2000): Wer zählt zu den Reichen in Deutschland? In: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI 24, Juli), S. 1-4.